

## › DIE ANTWORTEN KOMMUNALER UNTERNEHMEN AUF FRAGEN DER LEBENSQUALITÄT

Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz, Landwirtschaft

- › **Starke Kommunen und starke kommunale Unternehmen sorgen für eine lebenswerte Heimat.**
- › **Kommunale Unternehmen sind Anker für Sicherheit, Schutz und Beständigkeit. Sie stehen für gute Zukunftsperspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft überall in Deutschland.**

Kommunale Unternehmen sichern und schaffen Lebensqualität, gestern, heute und in Zukunft. Kommunale Unternehmen stehen für eine moderne Daseinsvorsorge, die sich an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft ausrichtet: Daseinsvorsorge 4.0 ist Anspruch und Aufgabe kommunaler Unternehmen, denn sie verbinden lokale Verankerung mit digitalem Know-how.

Kommunale Infrastrukturen sind der „Schatz unter der Straße“. Sie sind die Basis für eine verlässliche und nachhaltige Ver- und Entsorgung und müssen als Wert bewahrt werden.

Kommunale Unternehmen sind der Wegbereiter und Weggestalter der Energiewende in Deutschland. Sie haben das Vertrauen der Bürger und bauen mit ihrer Unterstützung erneuerbare Energien aus.

### Beitrag kommunaler Unternehmen für Wirtschaft und Gesellschaft

Kommunale Unternehmen haben grundlegende gesellschaftspolitische Bedeutung, denn ihre konstante und nachhaltige Leistungserbringung ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie für sozialen Zusammenhalt und Teilhabe. Entscheidende Gründe dafür sind ihre kommunale Eigentümerschaft, ihre regionale Verankerung und ihre Ausrichtung am Gemeinwohl.

Die deutsche Kommunalwirtschaft hat auch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung für unser Land:

- › Sie sichert direkt und indirekt Arbeitsplätze für insgesamt **720.000** Menschen.

- › Sie ist überall vor Ort – von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in den Metropolen und im ländlichen Raum.
- › Sie spielt eine beeindruckende wirtschaftliche Rolle. Kommunale Unternehmen sorgen jährlich für **16,7** Milliarden Euro Einkommen und generieren **23,7** Milliarden Euro an Steuern.

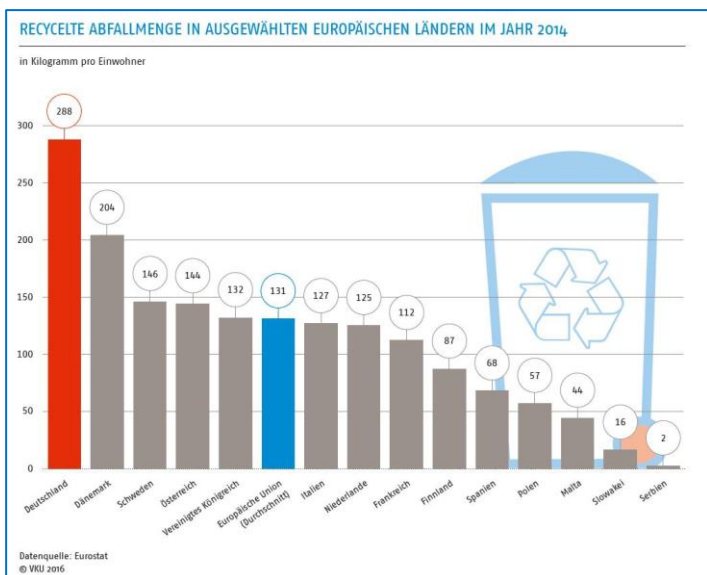
Kommunale Unternehmen sind damit ein regionaler, verlässlicher und nachhaltiger Partner für Gesellschaft und Wirtschaft.

Gemeinsam bilden Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen das tragfähige Fundament für Deutschland und entwickeln tagtäglich Lösungen für die aktuellen Herausforderungen.

## Starke kommunale Strukturen fördern die effektive und effiziente Umsetzung von Umweltrecht

Bei der Umsetzung des EU-Umweltrechts lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten feststellen.

In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf die dahinter liegenden Strukturen. Denn es ist zu beobachten, dass insbesondere EU-Staaten mit **starken kommunalen Strukturen** (z.B. Deutschland, Österreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg oder die skandinavischen Staaten) an der Spitze des Ressourcenschutzes stehen und z.B. insbesondere hohe Recyclingleistungen aufweisen.

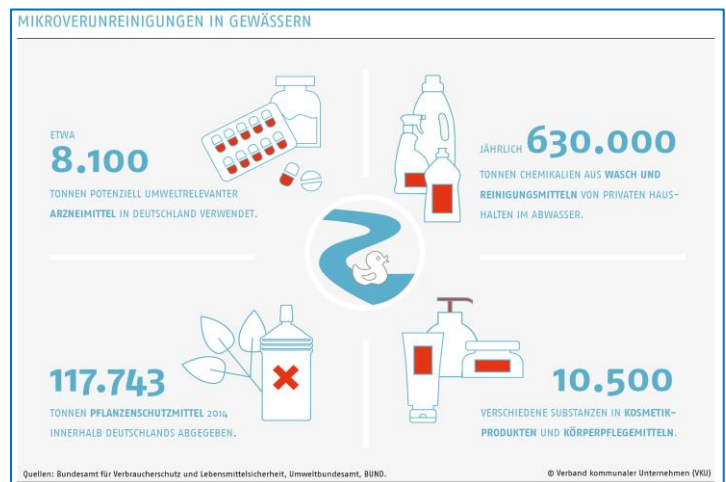


## Wirksamer Schutz der Ressourcen

**Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1** – streng kontrolliert und garantiert sorgen kommunale Unternehmen für qualitativ hochwertiges Trinkwasser und die fach- und umweltgerechte Entsorgung des Abwassers.

Zukünftig muss das **Vorsorge- und Verursacherprinzip** konsequent umgesetzt und die Themen Infrastruktur-erhalt und –entwicklung stärker in den Blick genommen werden. Moderne Analytik kann heute geringste Schadstoffspuren in der Umwelt nachweisen. Unser Leitungswasser ist bedenkenlos trinkbar.

Aber selbst neueste Behandlungstechniken können viele **Spurenstoffe** nicht restlos entfernen.



Die kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger zeigen sich hinsichtlich des Ressourcenschutzes alarmiert: Nahezu 90 Prozent rechnen in Zukunft mit steigenden Kosten, um Spurenstoffe aus dem Wasserkreislauf zu entfernen.

## UNSERE POSITIONEN

- Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips ein. Maßnahmen müssen daher zuerst beim Verursacher der Emission oder dem jeweiligen Wirkstoff ansetzen. Wir brauchen eine Vermeidung von Einträgen an der Quelle sowie eine verursachergerechte Beteiligung an den Kosten für die Aufbereitung von Trinkwasser und die Behandlung von Abwasser.
- Wir brauchen daher die Entwicklung einer Gesamtstrategie, die alle Akteure einbindet und ihren Beitrag leisten lässt. Packungsbeilagen von Arzneimitteln könnten Verbraucher etwa über die korrekte Art der Entsorgung informieren. Die Hersteller dieser Produkte sollten auch nach dem Verkauf verantwortlich bleiben. So sollten sie Altprodukte beispielsweise zurücknehmen müssen. Die Politik wiederum muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die wasserwirtschaftlichen Anforderungen anpassen.

## Infrastrukturerhalt und -entwicklung

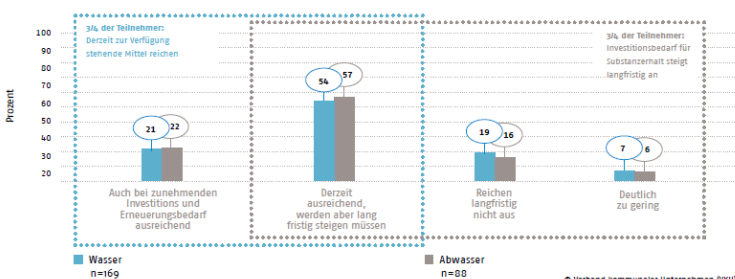
Die Infrastruktur der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft aber auch der Energiewirtschaft stellt einen bedeutenden Vermögenswert und das Rückgrat für diese Leistungen der Daseinsvorsorge dar. Dieser **Schatz unter der Straße** muss auch zukünftig erhalten bleiben.

Um Wasserver- und Abwasserentsorgung in der hohen Qualität und Versorgungssicherheit auch zukünftig jederzeit zuverlässig zu gewährleisten, ist eine anlagenintensive und sehr langlebige Infrastruktur von Nöten.

Wandelnde Rahmenbedingungen wie demographische und klimatische Veränderungen, zunehmende Nutzungskonkurrenzen, neue Anforderungen für die Abwasserentsorgung und ein verändertes Wassergebrauchsverhalten stellen die Unternehmen dabei vor große Herausforderungen.

### SUBSTANZERHALT DER INFRASTRUKTUR IN DER WASSER- UND ABWASSERWIRTSCHAFT

Ergebnisse der VKU-Mitgliederbefragung (Stand: Februar 2016)



Kommunale Unternehmen entwickeln vor Ort innovative und passgenaue Lösungen.

Trotzdem werden die Infrastrukturausgaben in den kommenden Jahren in vielen Regionen wohl nochmals deutlich steigen müssen. Und dass, obwohl sich die kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft bereits heute durch beständig hohe und wirtschaftlich nachhaltige Investitionen auszeichnet.

## UNSERE POSITIONEN

- Die kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger sollten trotz dieser Entwicklungen auch weiterhin eine stabile Entgeltentwicklung und bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleisten können. Dazu sollten politische Initiativen mit Blick auf ihre Kostenfolgen in der Gesamtschau bewertet werden.
- Allen voran gilt es, das Verursacherprinzip stärker in den Blick zu nehmen. Denn eine Finanzierung umweltpolitischer Maßnahmen über die Kunden der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist häufig nur die vermeintlich einfachste Lösung. Vor dem Hintergrund der wachsenden infrastrukturellen Herausforderungen und ihrer Kostenfolgen darf dieser einfache Ausweg jedoch nicht länger Maßgabe für politische Entscheidungen sein.

## Entsorgungszuständigkeit der Kommunen für alle Haushaltsabfälle

Die Entsorgung von Haushalts- und ähnlichen Abfällen ist ein **klassisches Feld der Daseinsvorsorge** und in Deutschland als hoheitliche Aufgabe gesetzlich verankert.

Den Städten, Gemeinden und Landkreisen und ihren kommunalen Unternehmen kommt dabei eine zentrale Rolle zu, da sie unabhängig von kurzfristigen Einflüssen wie der konjunkturellen Lage jederzeit die Entsorgungssicherheit garantieren, die für die menschliche Gesundheit und den Schutz der Umwelt ebenso essentiell ist wie für eine leistungsstarke Wirtschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit Blick auf eine nachhaltige Abfallwirtschaft im EU-Vergleich eine führende Rolle ein.

Saubere Städte und Parks garantieren **Lebensqualität** und erhöhen das **Sicherheitsempfinden** der Bürger. Die wachsenden Nutzungsansprüche an öffentliche Räume brauchen leistungsfähige und ausfinanzierte Stadtreinigungsbetriebe.

Kommunale Unternehmen sind zudem Teil der **Sharing Economy**: Sie fördern Systeme des Teilens im Sinne von „Nutzen statt Besitzen“, um nachhaltig zu wirtschaften und gegen die Ressourcenverschwendung vorzugehen: Der VKU koordiniert die **Europäische Woche der Abfallvermeidung** im Auftrag des Bundesumweltministeriums für Deutschland.

Kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe setzen sich seit Jahrzehnten erfolgreich dafür ein, Bürgerinnen und Bürger für Abfallvermeidung zu sensibilisieren.

Die **Steuerungsverantwortung** für die Abfälle aus privaten Haushalten sowie für die gewerblichen Beseitigungsabfälle muss **bei den Kommunen** liegen.

Zum einen gehen die Bürger laut Umfragen ohnehin davon aus, dass die Kommune für ihren Haushaltsabfall inklusive der Verpackungsabfälle zuständig ist. Die Aufspaltung der Entsorgungszuständigkeit in eine für Verpackungsabfälle (Duale Systeme) und in eine für die übrigen Haushaltsabfälle (öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger) hat sich zum anderen nicht bewährt, sondern zu intransparenten, ineffizienten und teuren Strukturen mit hohen Transaktionskosten geführt.

Klare Zuständigkeitsregeln fördern die Investitionsbereitschaft sowohl der Kommunen als auch der privaten Entsorgungswirtschaft in abfallwirtschaftliche Infrastruktur.

#### UNSERE POSITION

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen für die Sammlung aller Haushaltsabfälle zuständig sind – inklusive der Verpackungen. So können sie den privaten Haushalten eine Wertstoffeffassung aus einer Hand anbieten und anspruchsvolle Recyclingziele erreichen.

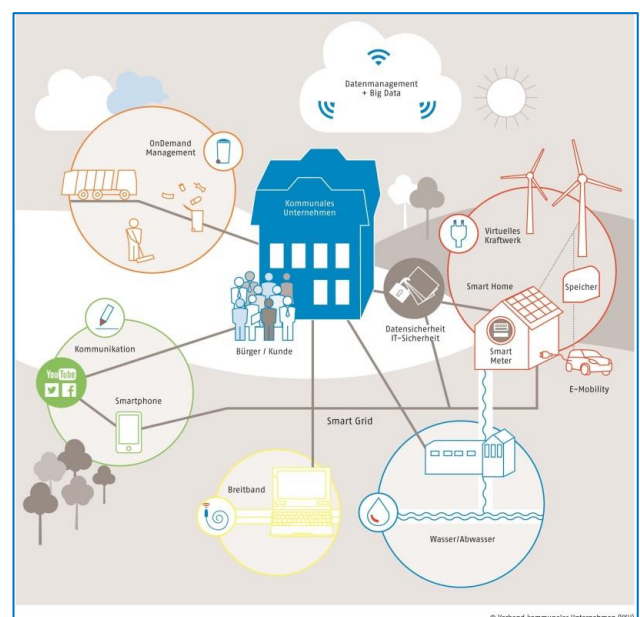
#### Digitaler Wandel: Daseinsvorsorge 4.0

Für die Zukunft gilt: Alles was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen müssen mit den Daten zukünftig einen regionalen Mehrwert für die Bürger schaffen, unter **Einhaltung strenger Schutzstandards**. Auch wenn Daten durch die kommunalen Unternehmen nutzbar gemacht werden, werden **Datenschutzaspekte** nicht zum vermeintlichen Wohle neuer Geschäftsfelder außer Acht gelassen.

Kommunen und die kommunalen Unternehmen sind wesentliche Akteure und die richtigen Partner für das erfolgreiche Gelingen der digitalen Transformation:

- › Sie sind direkt vor Ort und nah am Kunden.
- › Sie tragen den Besorgnissen der Bürger über den Schutz ihrer Daten mit besonderer Sorgfalt Rechnung.
- › Sie sorgen für den Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur.
- › Sie bieten nachhaltige Mobilität, dezentrales Energiemanagement oder ein intelligentes Zuhause.
- › Und sie suchen neue Wege der Kundenkommunikation.

#### Kommunales Unternehmen in einem smarten Umfeld





Die Bürger schätzen diese Daseinsvorsorgeleistungen der kommunalen Unternehmen und bringen ihnen ein hohes **Vertrauen** entgegen.

Kommunale Unternehmen verantworten auch den zuverlässigen und effizienten Aus- und Umbau sowie die **Unterhaltung der physischen Infrastruktur**. Um diese Aufgabe auch in Zukunft verlässlich wahrnehmen zu können, muss sich die Politik die Frage stellen, welche Möglichkeiten sie den kommunalen Unternehmen belässt, auch in einträgliche Geschäftsfelder zu investieren.

Deshalb müssen kommunale Unternehmen die Chancen der Digitalisierung wahrnehmen können. Denn dritte Akteure sind hauptsächlich am Dienstleistungsgeschäft AUF dem Netz interessiert und investieren nicht in die physische Infrastruktur.

#### UNSERE POSITIONEN

- Kommunale Unternehmen und die Kommunen sollten bei der Rahmensetzung für die digitale Transformation stärker einbezogen werden. Sie sind wesentliche Akteure und wichtige Partner für die Digitalisierung Deutschlands. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung wird von den Kommunen zunehmend als Teil der Daseinsvorsorge betrachtet. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die politischen Kompetenzen für die digitale Transformation auf Bundesebene an zentraler Stelle koordiniert werden. So wäre zum Beispiel über die Bündelung in einem Ressort zu diskutieren.
- Auch in der digitalen Welt brauchen kommunale Unternehmen und ihre Eigentümer Rechtssicherheit. Wir brauchen eine Klärung in Bezug auf Haftungsfragen und setzen uns für klare Regelungen ein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Unternehmen in nachhaltige und tragfähige Geschäftsfelder investieren können. Nur so können sie die Aufgaben für den Aus- und Umbau der Infrastruktur auch in Zukunft verlässlich wahrnehmen und die Chancen der Digitalisierung nutzen.

#### Breitbandausbau: Wettbewerb forcieren und neue Lösungen für ländliche Gebiete entwickeln

Beim Breitbandausbau gilt es, die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen optimal auszugestalten. Investitionen sollen nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern vor allem auch volkswirtschaftlich sinnvoll sein.

Eine Duplizierung von Infrastruktur ist vor allem in ländlichen Gebieten nicht sinnvoll. Hier getätigte Investitionen müssen angemessen geschützt werden. „Rosinenpicken“ und strategischer Überbau von vorhandenen Infrastrukturen führen dazu, dass ländliche Regionen von der digitalen Welt abgekoppelt bleiben. Für einen möglichst zügigen Breitbandausbau ist es notwendig, dass **Markterkundungsverfahren bindend** sind – gerade in ländlichen Gebieten.

#### UNSERE POSITIONEN

- Wir brauchen eine zentrale Koordination der Kompetenzen für den Breitbandausbau. Das gilt gerade für die anstehende Aufgabe des Ausbaus eines flächendeckenden Gigabitnetzes. Der Ausbau vollzieht sich grundsätzlich im Wettbewerb. Die kommunalen Unternehmen sind hierbei ein gleichberechtigter Marktteilnehmer. Diesen Wettbewerb gilt es zu schützen und zu forcieren.
- Wo der Wettbewerb an seine Grenzen stößt, sollten die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen unternehmerische und volkswirtschaftliche Interessen in Einklang bringen.
- Schon heute zeichnet sich ab, dass der Bund in sehr ländlichen Gebieten weitere Fördermittel bereitstellen wird. Hierauf sollten kommunale Unternehmen im gleichen Umfang wie andere Marktteilnehmer zurückgreifen können.